

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verständlich: Nachrichten Dresden.
Verleger: Commelinumstr. 25/241
Kur- und Nachdruck 20 011.

Bezugs-Gebühr: am 1. u. 15. Januar 1925 in druck gesetzlicher Zustellung, an Haus 1. 20 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die empfindliche 20 mm breite Zeile 10 Mark, für innerhalb 15 Tagen Familienanzeigen und Kleingelege 15. Die übrige überhalb 20 Mark, die 40 mm breite Zeile 10 Mark, die 30 mm breite Zeile 8 Mark, überhalb 200 Mark. Übertragungen 10 Mark. Anzeigen in anderen Sprachen werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Mariestr. 25/241
Druck u. Verlag von Siegmund & Reichardt in Dresden.
Politisches Amt 1068 Dresden.

Neue Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Uebertriebene demokratische Ansprüche. — Sachliche Opposition der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Ungünstige Finanzentwicklung bei der Reichsbahn. — Weitere französische Verdächtigungen gegen Ungarn. — Der neue deutsche Stahlruß.

Die Verhandlungen Dr. Luthers.

Berlin, 14. Jan. Die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts Luthers sind noch nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Parteiführern gingen am Abend weiter. Es handelt sich bei diesen Verhandlungen um die Erörterung der grundsätzlichen Einflüsse des Kabinetts zu neuen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Gleichzeitig wird aber auch über Personalfragen verhandelt, da natürlich die praktische Arbeit des Kabinetts mehr von der Belegung der einzelnen Ressorts abhängt, zumal das Kabinetts keine auf die Parteien gestützte Mehrheit im Reichstag hat.

Die Erörterungen über die Personalfragen sind noch nicht über die gestern genannten Namen hinausgekommen. Gerüchte nennen zwar einige neue Namen, doch handelt es sich hier lediglich um Kombinationen. Sicher scheint bisher nur, daß der schlesische Finanzminister Reichold das Reichsfinanzministerium übernehmen wird. Wiber Erwarten ergeben sich aber doch aus den

Personalfragen die größten Schwierigkeiten.

Die Demokraten, die sich jetzt wieder mit einemmal als ausschlaggebender Teil fühlen, zeigen eine Empfindlichkeit, die mit ihrer angeblichen Bereitwilligkeit, einer Regierung auf die Beine zu helfen, eigentlich wenig vereinbar ist. So sind sie besonders verärgert, daß auch die Volkspartei hat verstanden lassen, daß sie unter diesen Umständen gewillt sei, das Reichsinnenministerium mit einem ihr nahestehenden Mann zu besetzen. Die Demokraten fühlen sich verletzt, weil sie für das Reichsinnenministerium in erster Linie an ihren Führer Dr. Koch gedacht hatten. Einen zweiten Streitpunkt in der Personalfrage ergibt die Besetzung des Reichswehrministeriums. Auch hier sind es die Demokraten, die den Ausschlag geben. Der gegenwärtige Reichswehrminister Gehler, der früher der demokratischen Partei angeschlossen war, ist nicht mehr an. Die Demokraten lehnen den Wunsch Dr. Luthers, Dr. Gehler als Reichswehrminister beizubehalten, ab, da sie auf dem Standpunkt stehen, Gehler könnte nicht als einer der übrigen im Kabinetts betrachtet werden.

Von demokratischer Seite wird die Sache etwas anders dargestellt und erklärt, daß wegen der Verhinderung des Reichswehrministers Dr. Gehler bei den Verhandlungen keine Meinungsverschiedenheiten entstanden seien. Dr. Gehler habe schon vor Verhandlungen der demokratischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß er den dringenden Wunsch habe, von der schweren Bürde seines Amtes befreit zu werden. In gleicher Weise habe er sich jetzt auch dem Reichskanzler Dr. Luther gegenüber geäußert. Ein Streit habe bei den jetzigen Ver-

handlungen nicht stattgefunden. Wie es heißt, soll auf Dr. Gehler nochmals dahin eingewirkt werden, sein Amt als Reichswehrminister beizubehalten.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm heute abend in einer Sitzung zur Regierungsbildung Stellung. Ihre Haltung zu der Bildung Dr. Luthers mit der Kabinettsbildung brachte sie in folgender Weise zum Ausdruck:

Durchführungen von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwortliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftliche Vereinigung der Bildung des Kabinetts Luthers nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an diesem Kabinetts zu beteiligen und wird ihm gegenüber in sachlicher, aber nicht grundsätzlicher Opposition stehen.

Die Fraktion behält sich also völlige Unabhängigkeit für ihre Stellung zu den jeweils anstehenden Fragen vor.

Ammerlin rechnet man aber in parlamentarischen Kreisen damit, daß es schließlich dem Kanzler gelingen werde, im Laufe dieser Woche die Schwierigkeiten, die der Kabinettsbildung noch entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen, so daß in dem Programm, das bereits die Regierungserklärung schon für den kommenden Mittwoch voraussetzt, keine Änderung eintreten braucht.

Reichskanzler Dr. Luther begab sich am Abend zum Reichspräsidenten v. Hindenburg, um ihm über den bisherigen Verlauf seiner Verhandlungen Bericht zu erstatten.

Der Stahlruß gebildet.

Die Gründung des Montanrußs gesichert.
Berlin, 14. Januar. Wie der D. A. D. erfährt, wurde heute in Essen die Gründung des Stahlrußs unter dem Namen „Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft“ mit einem vorläufigen Aktienkapital von 50.000 Mt. vollzogen. Gründer sind:

- 1. Die Rhein-Elbe-Union mit der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerksaktiengesellschaft, dem Bochumer Verein und der Westfälischen Bergwerksaktiengesellschaft;
- 2. Die Thyssen-Gruppe;
- 3. Phönix mit den vereinigten Stahlwerken Van der Lippen, Witten;
- 4. Rhein Stahl.

Dem Vorstand liegt zunächst die Aufgabe ob, alle für den geplanten Zusammenschluß erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, insbesondere die Steuer- und Finanzfragen zum Abschluß zu bringen. Die Gründung ergibt, daß nunmehr alle Differenzen innerhalb der Werke geklärt worden sind und daß damit die Gründung des Ruhr-Montanrußs als gesichert angesehen werden dürfte.

Die schwierige Lage der Reichsbahn.

Ein Bericht der Reichsbahngesellschaft.

Berlin, 14. Jan. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat einen Überblick über ihre Finanzlage erstattet. Der Bericht kommt zu folgendem Schluß: Die Einnahmen für eine weitere günstige Entwicklung sind gering. Es wird also die Frage der Deckung für alle Kosten, die die Wirtschaft der Reichsbahn schon jetzt erschweren, nicht unerhebliche Schwierigkeiten machen. Noch größer wären diese Schwierigkeiten, die sich für die Reichsbahn aus der durch Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben ergeben sollten. Seit Anfang November spürt die Reichsbahn in steigendem Maße das Nachlassen der Beanspruchung im Personen- und Güterverkehr. Im November und Dezember fehlte gegenüber den erwarteten Bruttoeinnahmen täglich ungefähr 1 Mill. RM.

Das Geschäftsjahr der Reichsbahngesellschaft und das Reparaturjahr, das am 31. August 1925 abgelaufen ist, überschneidet sich. Infolgedessen entfallen auf das erste Jahr der Reichsbahngesellschaft, das am 31. Dezember 1925 abgelaufen ist, noch die Kosten der ersten vier Monate des zweiten Reparaturjahres. Demnach hat die Reichsbahn an Kosten aus Reparaturen rund 512 Millionen RM. im Geschäftsjahr 1925 zu tragen. Die gesamte Reparationsbelastung für 1925 beträgt 600 Millionen RM. Auf Grund der Steigerung der persönlichen Ausgaben, Gehaltsüberhöhungen, Sozialzuschläge und Wohnaufwendungen sowie auf Grund der durch Veränderungen der sozialen Verhältnisse sich ergebenden Mehrausgaben ergibt sich für dieses Jahr eine Jahresmehrbelastung von rund insgesamt 280 Millionen. Die Steigerung der Personalkosten der Reichsbahn ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung: Im Jahre 1918 betrug sie 114 Millionen, im Kalenderjahr 1925 398 Millionen. Auch auf dem Gebiete der Bauten und Beschaffungen ist eine große Reihe von Kostensteigerungen im Laufe des Geschäftsjahres 1925 eingetreten.

Zu den Forderungen, die eine Verminderung der bisherigen bevorzugten Stellung der Reichsbahngesellschaft in der Entziehung von Steuern, Stempelgebühren usw. herbeiführen sollen, bemerkt die Gesellschaft, daß hierdurch eine steigende Belastung von vielen Millionen sich ergeben werde. Die Mehrbelastung konnte im Geschäftsjahr 1925 dadurch abgedeckt werden, daß die Gesellschaft, wie sie ausführt, auf ihrer Ausgabe Seite eine sehr vorsichtige Wirtschaft führt. An Unterhaltungs- und Erneuerungsgeldern wurde nur das Notwendigste ausgeführt. Die Erneuerung des Oberbaues betrug z. B. im Frieden 3 Prozent, jetzt 8 Prozent.

Der unerfüllbare Dawes-Plan.

Beginnende Erkenntnis in Amerika.
New York, 14. Januar. Die amerikanischen Zeitungen und Wirtschaftskreise beginnen jetzt sich eingehender mit dem Verlauf der deutschen Reichsrente gegen den Dawes-Plan zu beschäftigen. Die neuen Meldungen über die deutsche Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland geben jetzt auch jenen Kreisen Anlaß zu ersten Betrachtungen. Eine Rundfrage in der Wallstreet hat ergeben, daß die amerikanischen Bankiers sich darüber klar seien, daß Deutschland am Ende seiner Kraft stehe. In weiten Kreisen herrscht die Ansicht, daß Deutschland auf die Dauer nicht fähig sei, den Dawes-Plan zu erfüllen und daß daher früher oder später eine Änderung des Dawes-Planes kommen müsse.

Schwere Schädigung des Weinbaues an der Mosel.

Koblenz, 14. Jan. Auch der Weinbau hat durch das Moselhochwasser erheblichen Schaden erlitten. Die Zahl der zerstörten Weingärten und Rebhölzer ist groß. Selbst die bescheidensten Vermittel für Neuanlage und Ausbesserung fehlen, da nicht nur der Wein der letzten, sondern sogar der vorletzten Ernte unverkauft in den Kellern liegt.

In einer Reihe bekannter Moselörter ist bisher seit Einbringung der Ernte noch nicht ein einziger Fuder Wein verkauft worden, ein Zustand, wie er den ältesten Weintoren nicht mehr in Erinnerung ist.

Hier und in vielen anderen Weinorten hat sich der Bevölkerung infolge des Schadens ein bedenklicher Pessimismus und Fatalismus bemächtigt, der auch in Rundreden an die Regierung zum Ausdruck kommt. In einer solchen Rundrede wird eindringlich gefordert, wie groß der Schaden ist. Allgemein wird für den Weinbau 1926 eine Missernte befürchtet. Eine in Koblenz eingesezte Kommission hat Forderungen an die Behörden aufgestellt, die sich sowohl auf eine unmittelbare staatliche Hilfsaktion als auch auf vollständigen Erlass der Steuerzahlungen für längere Zeit beziehen. Der Fatalismus der Bevölkerung wird verstanden, wenn man berücksichtigt, daß in dem engen Moseltal auch für die Zukunft niemand dem Hochwasser entrinnen kann und daß hier weder durch Talperrücken im französischen Oberlauf noch durch Deichbauten geholfen werden kann. Noch erwähnt sei, daß allgemein von der Bevölkerung die völlige Teilnahmlosigkeit der Regierungsbildung nachdrücklich hervorgehoben wird. (Z. L.)

Das Ostproblem.

Von unserem Dr.-Sch.-Mitarbeiter in Oberschlesien.

In diesen Tagen ging durch die deutschen Zeitungen fast unbeachtet eine Notiz, die recht belanglos schien, die aber in ihrer verdeckten hochpolitischen Bedeutung nicht unerkannt bleiben sollte. Die polnische Regierung hatte für den 31. Dezember in dem durch den Genfer Wahlpruch gegen alles Recht vom Deutschen Reich losgerissenen Teile Oberschlesiens eine Volkszählung angelegt und diese in letzter Stunde abgesetzt. Volkszählungen sind seit den Tagen, da Kaiser Augustus seine Lande schätzte, gewiß nichts Ungewöhnliches und in allen fortgeschrittenen Staaten üblich für allerlei statistische, wirtschaftliche und sozialpolitische Zwecke. Die in Polnisch-Oberschlesien geplante Zählung verband mit diesen Zielen aber eine ausgesprochen politische, gegen Deutschland gerichtete Absicht, und deshalb lohnt es sich, uns einige Gedanken über die vor Beginn abgebrochene Schlacht zu machen. Mit der unheimlichen Frage nach der Mutter Sprache — ob deutsch oder polnisch — in einer Spalte des Zählbogens sollte nicht weniger als eine neue, interne Abtönung herbeigeführt werden. Polen wollte einen Generalappell abhalten in der geraubten Provinz und prüfen, welche Früchte drei Jahre brutalen Vernichtungskampfes gegen das Deutschland erreicht haben. Man hoffte, unter Anwendung aller Spicart n politischen Terrors ein günstiges Ergebnis zu erzielen, und hätte dann triumphierend aller Welt verkündet, Oberschlesien sei heute polnischer als je und alle Ansprüche der Deutschen auf eine Revision ihrer Obergrenzen eitel, durch nichts gerechtfertigte Annäherung. Der Eintrag lohnte also das Spiel. Alles war glänzend vorbereitet. Und trotzdem wenige Stunden vor der Entscheidung die Angst vor der eigenen Courage! Warum? Die Regierung schweigt sich über ihre Gründe aus. Die Regierungspresse aber deckt den Rückzug mit Scheingefechten, um das eigene Volk und das Ausland über dieses seltsame Eingeständnis eigener Schwäche hinwegzutäuschen. Die Gründe, die angeführt werden, sind recht laienhaftig. Jumeil wird behauptet, die herrschende katastrophale Wirtschaftslage hätte das wahre Bild der nationalen Verhältnisse im Lande verwischt können. Was aber hat die Wirtschaftskrise mit einer Volkszählung zu tun und insbesondere damit, ob einer deutsch oder polnisch als Muttersprache spricht? Nichts offenbar! Und doch liegt in dieser Ausrede der Kern der Wahrheit verdeckt; einer Wahrheit, die mit ihrem für Polen erschütternden Gewicht nicht deutlicher gekennzeichnet werden kann als durch die verbürgte Tatsache, daß in dem als polnisches Inzurgentennetz verschlungenen Industrieort Kozłowa, wo die Volkszählung wegen zu spätem Eintreffens der Gegenorder stattgefunden hat, 75 Prozent der Bevölkerung sich zum Deutschtum bekannt haben!

Polen fühlt heute, daß seine Entbehrungspolitik in Oberschlesien, wie auch andernwärts, trotz aller Zahlenerfolge im Grunde gescheitert ist. Es hat Mühen, aber keine Früchte gemacht. Bei der Völkervereinigung hatte zwar eine Minderheit unter dem vereinigten polnisch-französischen Druck für Polen gestimmt. Die meisten nicht aus patriotischen Beweggründen, sondern angeleitet durch die gleichenden Versprechungen materieller Art, die ihnen Verführer vom Schlage Korlants gemacht hatten. Deutschland schien damals rettungslos verloren, Polen ein vom Glück begünstigter, mächtig aufstrebender Staat — hier mußte die Zukunft liegen. Das Blatt hat sich inzwischen gewendet, und es wäre wirklich interessant gewesen, durch eine einwandfreie Statistik zu erfahren, wie die Stimmung dieser Gläubiger unter dem weißen Adler heute ist. Drei Jahre „polnischer Wirtschaft“ haben alle jene Hoffnungen grausam enttäuscht. Die goldenen Berge sind ausgeblieben; nicht einmal die Kuh im Stalle hat sich eingehandelt, die Korlants jedem Polenfreund feierlich versprochen hatte. Statt dessen laugt ein aus Korngrohlen und Gaskien verpflanztes, korruptes Beamtenum den Einheimischen das Mark aus den Knochen und steht seine einzige Aufgabe in der Ausrottung alles dessen, was deutsch heißt. Die einst so blühende Wirtschaft, die mächtige Kohlen- und Eisenindustrie, liegt in den letzten Jagen. Erschöpfende Gruben, verödete Werkstätten, Hunger und Elend sind heute das Wahreigenen polnischer Herrschaft. Und der Zerfall der vor Jahresfrist neuerschaffenen Notwahrung mit der Zerlegung als Folgeerscheinung macht die Lage vollends unhaltbar. Reich erfüllt richten sich heute die Blide der Oberschlesier, auch der polnisch sprechenden, über die unheimliche Grenze, die Deutsche von Deutschen trennt und ein organisch einheitliches Wirtschaftsgebiet in zwei blutende Stämme zerhackt. Zwar läßt die allgemeine Not der Zeit auch schwer auf dem deutsch gebildeten Teile des Landes. Aber hier rührt sich doch noch das Leben, kämpft ein stetiges Volk um die bessere Zukunft. Die Schote rauden, die Förderkähle geben auf und ab und speien die schwarzen Schätze des Heimatbodens ins helle Tageslicht, aus den roten Hallen der Werke dröhnt mächtig, zukunftsweisend das Lied der Arbeit. Lebensbejahung, Aufwärtsstreben auf der einen Seite, Verweigerung und dumpfe Verzweiflung auf der andern — das ist das Urteil der Geschichte wenige Jahre nach dem Welturteil an Oberschlesien.